



Mit weniger als
einer halben
Million Franken
wird es schwierig,
kistenweise
Unterschriften zu
sammeln.

Auf dem Weg zur Klick-Demokratie?

Elektronische Unterschriften könnten Volksbegehren vereinfachen – oder die direkte Demokratie gefährden. Der Kanton St. Gallen will es nun wissen.

Text: Conny Schmid Montagen: Beobachter

Alle, die heute für ein politisches Anliegen Unterschriften sammeln, brauchen entweder viele Freunde oder ein grosses Netzwerk. Oder nehmen ziemlich viel Geld in die Hand und beauftragen zum Beispiel die Organisation Sammelplatz damit. Die Politagentur führt für Initiativ- und Referendumskomitees Kampagnen durch – und stellt Menschen ein, die auf der Strasse Unterschriften sammeln. Aktuell sucht sie für diesen Job nach Seniorinnen und Senioren. Bezahlt wird pro Signatur. Stundenlohn: 25 bis 50 Franken.

Dass die Leute, die auf der Strasse Passanten von einem Anliegen zu überzeugen versuchen, nicht zu den Initianten gehören, ist längst üblich. «Häufig sind die Urheberinnen und Urheber von Volksbegehren gar nicht in der Lage, alle Unterschriften selber zu sammeln», sagt Flavia Caroni. Die Politikwissenschaftlerin an der Universität Zürich hat untersucht, wie Unterschriftensammlungen zustande kommen. Das Problem: Sie sind extrem aufwendig.

Am ehesten könnten grosse Organisationen auf bezahlte Sammler verzichten, sagt Caroni. Wer kein riesiges Netzwerk an aktiven Mitgliedern hat, die ihre Freizeit opfern, brauche Geld. Viel Geld. Die Schätzungen gehen auseinander, aber unter einer halben Million Franken werde es schwierig. Hinzu kommen Kosten für Büroräume, Beglaubigungen, Porto und Öffentlichkeitsarbeit. Kann man da noch von «Volks»-Begehren sprechen?

Der Schaffhauser Informatiker Sandro Scalco findet: nein. «Die hohen Kosten führen dazu, dass in ländlichen Gebieten gar nicht mehr gesammelt wird.» Ein Teil der Bevölkerung werde ausgeschlossen. Scalco lancierte 2020 in seinem Heimatkanton eine Volksmotion für die Einführung von E-Collecting, dem elektronischen Sammeln von Unterschriften. Er hat eine technische Lösung entwickelt, die Stimmberechtigte authentifizieren und den Beglaubigungsprozess vereinfachen kann.

Damit würde das Hin- und Herschicken der Unterschriftenbögen zwischen Komitees, Gemeinden und Bundeskanzlei hinfällig. Das Unterschriftensammeln würde einfacher, effizienter und günstiger für alle, sagt Scalco. Er ist überzeugt: E-Collecting als Ergänzung zu herkömmlichen Sammlungen führt zu einer inklusiveren Demokratie, weil es auch auf dem Land Lebende oder Menschen mit Behinderungen erreicht.

Alarmglocken läuten

Mittlerweile ist Sandro Scalco ein gefragter Berater für Demokratie und Digitalisierung. Denn E-Collecting beschäftigt nicht nur die Behörden in Schaffhausen. Auch in Basel-Landschaft ist ein Vorstoss zum Thema hängig. Den Lead übernommen hat der Kanton St. Gallen: Im Sommer hat er als erster Kanton den Auftrag für eine E-Collecting-Plattform ausgeschrieben. Zuerst soll es Pilotversuche geben. Über die konkrete Umsetzung ist noch wenig bekannt.

Einfacher, billiger, effizienter, inklusiver: Klingt gut. Es lässt bei einigen aber die Alarmglocken läuten. Wie wirkt es sich aus, wenn alle mit dem Handy eben mal kurz ein Referendum unterstützen oder eine Initiative unterzeichnen können?

Der Politikwissenschaftler Wolf Linder, Autor eines Standardwerks über die schweizerische Demokratie, hat Bedenken. Er erinnert an eine Konsultativabstimmung in den Niederlanden 2015, bei der via App innert drei Tagen 150 000 Unterschriften zusammenkamen. «Wer nun etwa gegen eine beschlossene Benzinpreiserhöhung

Unterschriftensammler brauchen ein grosses Netzwerk oder viel Geld.

ist, schaltet ein Inserat mit Unterzeichnen-Link auf einer grossen Autohandelsplattform.» Linder befürchtet, es käme zu einer Flut von Referenden, unzähligen Abstimmungen, einer Blockade des Systems. Die gewonnene Effizienz ginge gleich wieder verloren. «Die Leute laufen der Digitalisierung blauäugig hinterher.»

Linder findet das Unterschriftensammeln gegen Bezahlung auch ein Unding. «Aber immerhin besteht auf der Strasse die Möglichkeit, dass Menschen noch miteinander diskutieren.» In der digitalen Welt sei die Gefahr gross, dass aus einem emotionalen Moment heraus irgendetwas unterstützt werde. «Kurzfristige Entscheidungen sind in der Politik nie eine gute Idee. Es geht dann mehr um Gesinnung, weniger um Verantwortung.»

Schwarzmalerei oder reelle Gefahr? Andreas Glaser, Rechtswissenschaftler am Zentrum für Demokratie in Aarau, bestätigt die Unsicherheiten zu den Folgen von E-Collecting. Er zweifelt aber daran, dass es zu einer Flut von Volksbegehren kommen werde. «Ich kann mir nicht vorstellen, dass plötzlich alle politisch aktiv werden.»

Ausprobieren und schauen, was passiert

Glaser sieht E-Collecting als Mittel gegen Missstände. In der Westschweiz etwa informierten bezahlte Sammelnde Passanten falsch, um an Unterschriften zu kommen. Man müsse die Auswirkungen des digitalen Unterschriftensammelns beobachten und allenfalls korrigierend eingreifen. «Man kann sich überlegen, die Zahl der Unterschriften zu erhöhen oder die Fristen zu verkürzen.»

Eine schlechte Idee findet er, zum Vornherein nur einen bestimmten Anteil elektronischer Unterschriften zuzulassen. «Die direkte Demokratie ausbauen und gleichzeitig einschränken, das ist nicht sinnvoll. Man muss es ausprobieren und schauen, was passiert.»

Das findet auch Erik Schönenberger von der Digitalen Gesellschaft. Das ist jene Organisation, die sich gegen das elektronische Abstimmen und Wählen (E-Voting) ausspricht und das Gesetz für eine nationale elektronische Identität (E-ID) mit zu Fall brachte. «E-Collecting ist aber eine ganz andere Geschichte», sagt Schönenberger: «Es ist viel weniger heikel als E-Voting, da hier das Stimmgeheimnis keine so grosse Rolle spielt und eine Manipulation keine derart schwerwiegenden Folgen hätte.» Natürlich gälten hohe Anforderungen an den Datenschutz und die Sicherheit. «Es braucht eine sichere Authentifizierung aus staatlicher Hand, und man muss sicherstellen, dass die Daten dezentral gespeichert, nur für die Beglaubigungen bearbeitet und danach gelöscht werden», fordert Schönenberger.

Fraglich bleibt, ob E-Collecting tatsächlich mehr Menschen an der Demokratie teilhaben liesse. «Wenn Sie die Leute nicht auf der Strasse ansprechen, dann brauchen Sie andere Kanäle, E-Mail-Adressen oder Social-Media-Profile. Das müssen Sie als Komitee auch erst mal haben», sagt die Politikwissenschaftlerin Flavia Caroni.

Wie rege die Möglichkeit genutzt wird, von wem und wozu, wird sich nun zuerst in St. Gallen zeigen. Die Pilotversuche sollen 2025 starten. ■



Die FDP-Nationalrätinnen Regine Sauter, ZH (links), und Susanne Vincenz-Stauffacher, SG, reichen die Steuergerechtigkeits-Initiative 2022 in Bern ein.